

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckdruck: Reichel'sche Druckerei  
Königsplatz 10  
Telefon: 10211

Bezugspreis vom 16. 5. 28. Februar 1930 bei halbjährlicher Bestellung frei Haus 1,70 M.  
Wochensatzpreis für Monat Februar 3,40 M., einm. 86 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungspflicht).  
Wochensatzpreis 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach  
Wochensatz berechnet: die einpaltige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familien-  
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile  
300 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Chiffrengebühr 30 Pfg. Kustodische Kustoden gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Siegel & Reichardt,  
Dresden, Bollwed-Str. 106a  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Zersto. Nachr.) zulässig. Unveränderte  
Einschläge werden nicht anbehalten

**Oefen und Herde**  
kauft man preiswert im Fachgeschäft!

**Chr. Garms** Inh. W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13  
Farnspr. 16202 Nähe Postplatz  
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gasherde  
Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile

**KONFITOREN**  
**Limberg**

Delikate  
**Pfannkuchen**  
mit diversen Füllungen

Teegebäck in großer Auswahl

Prager Straße 10

**Drucksachen für Handel und Gewerbe**  
In moderner Ausführung erhalten Sie durch die

**Graph. Kunstanstalt Liepsch & Reichardt**  
Marienstraße 38/42 Fernruf-Sammelnummer 25241

## Youngplan nicht ohne Polenvertrag

### Das Reichskabinett gegen Hindenburg

Curtius hat sich durchgesetzt mit Hilfe der Sozialdemokraten

#### Der Krise entgegen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Febr. Das Reichskabinett hat heute nachmittags eine Sitzung abgehalten, deren wichtigstes Ergebnis der Beschluß ist, die aus Kreisen der Regierungsparteien vorgebrachte Trennung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens von den Younggesetzen nicht vorzunehmen. Das Reichskabinett hat sich vielmehr dahin entschieden, an seiner früheren Mitteilung festzuhalten. Diese geht bekanntlich davon aus, daß das Abkommen mit Polen für sich genommen nicht zu den Youngvorlagen gehört, aber zu der gleichen Zeit, wie der Neue Plan vom Reichstag aufgegeben werden soll. Es ist noch in Erinnerung, daß gleich in der ersten Ansprache zwischen Regierung und Parteivertretern über die parlamentarische Behandlung der Youngvorlagen sowohl der Reichsfinanzminister Müller, als auch der Reichsaussenminister Curtius erklärt hat, daß sie großen Wert auf die Annahme des Liquidationsabkommens legen. Das Abkommen mit Polen hat eine sehr scharfe Ablehnung nicht nur bei der parlamentarischen Opposition, sondern auch bei einem großen Teil der Regierungsparteien selbst gefunden.

#### In der amtlichen Verlautbarung

über die heutige Kabinettsitzung wird nichts darüber gesagt, ob alle Mitglieder des Kabinetts dem Beschluß, das Abkommen nicht von den Younggesetzen zu trennen, zugestimmt haben. Man wird aber annehmen können, daß sich das Gesamtkabinett über die Schwierigkeiten im klaren ist, die ihm aus seiner heutigen Stellungnahme erwachsen werden. Es dürfte zunächst einmal kaum möglich sein, daß die Regierungsparteien ihre Mitglieder dazu bewegen, geschlossen für das Polenabkommen zu stimmen. Es kann unter Umständen sogar dahin kommen, daß

wenn die Zahl der Stimmenthaltungen bei der Erledigung dieses Abkommens im Reichstagsplenum groß ist, die Regierung nicht einmal eine Mehrheit erhält.

Tritt ein solcher Fall ein, so müßte das naturgemäß den Sturz des Kabinetts bedeuten. In diesem Zusammenhang sind Gerüchte immerhin erwähnenswert, die besagen, daß sich insbesondere der Reichsfinanzminister und die sozialdemokratischen Minister dafür einsetzen hätten, den vom Reichsaussenminister Dr. Curtius befürworteten Zusammenhang zwischen den Younggesetzen und Polenabkommen aufrechtzuerhalten und es auf eine Krise antommen zu lassen. Es ist ja ein Geheimnis, das die Spaten von den Tächern sind, die die Sozialdemokratie mit Inbrunst den Augenblick herbeiseht, wo sie zur Reichspolitik sich wieder in Opposition stellen und ihre sehr stark enttäuschten An-

hänger mit Hilfe einer dann die Fägelung entbehren können- den Agitation beruhigen kann. Wenn diese Gerüchte zutreffen sollten, so

hätte also die Sozialdemokratie die Absicht, das von ihr gesteuerte Kabinettschiff gegen die Klippe des Polenabkommens rennen zu lassen, um dann von Bord der Reichspolitik gehen zu können.

An und für sich ist ja ein solcher Wunsch zu verstehen, denn die Verhältnisse im Reich sind nachgerade trostlos geworden. Auf keinem Gebiet ist es gelungen, in Uebereinstimmung mit den Parteien vorzugehen. In allen wichtigen Fragen stehen sich Regierung und Parteien gegenüber. Da das Polenabkommen nicht ein Teil der Saager Abmachungen selbst ist, sondern nur gleichzeitig mit ihnen vom Parlament verabschiedet werden soll,

könnte man erst die Younggeetze annehmen und sich dann jenen wegen des Polenvertrags kürzen lassen.

Parlamentarische Schwierigkeiten sind jedenfalls der Regierung wegen ihrer heutigen Stellungnahme sicher. Dazu kommt aber noch etwas anderes. Der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, hatte heute eine lange Unterredung mit dem Reichsaussenminister Dr. Curtius, die sich lediglich auf den deutsch-polnischen Vertrag bezog. Keine Stelle, die über den Inhalt dieser Unterredung unterrichtet war, hat nun behauptet, der Reichspräsident hätte die vom Kabinett beschlossene Regelung empfohlen. Vielmehr verlaute mit ziemlicher Bestimmtheit, daß

nach den Wünschen des Reichspräsidenten das Abkommen zunächst zurückgestellt werden sollte.

Wenn dem aber so ist, würde sich ein bedauerlicher Widerspruch zwischen der Entscheidung des Kabinetts und der Haltung des Reichsoberhauptes ergeben, ein Widerspruch, der die Zumpathien nicht nur im Volke selbst, sondern auch im Parlament kaum zugunsten des Kabinetts beeinflussen dürfte. Nach der Reichsverfassung kann der Reichspräsident gegen ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz den Volksentscheid anrufen. Selbst im Falle einer Annahme des Polenabkommens durch den Reichstag könnte also eine Revision der Reichstagsentscheidung in Frage kommen. Leider liegen im Augenblick noch keine Informationen darüber vor, wie sich der Reichspräsident zu der Haltung des Reichskabinetts stellen wird.

Man wird kaum anzunehmen brauchen, daß der Reichspräsident v. Hindenburg, dessen Verbundenheit mit dem deutschen Osten ja hinreichend bekannt ist, dem Beschluß des Kabinetts seine Billigung geben kann. Gestärkt hat die Regierung ihre Position durch ihren heutigen Beschluß jedenfalls nicht. Der Opposition ist durch ihn eine mächtige Chance gegeben worden, eine Chance, die dadurch noch vergrößert wird, daß die Opposition bei ihrem Kampf gegen das Polenabkommen auf direkte und indirekte Hilfe aus dem Koalitionslager selbst rechnen kann.

#### Steuer herum!

Die Einigung des Reichskabinetts über die Deckung des Defizits des Haushaltsplanes 1930 ist in letzter Minute durch die Uneinigkeit der Regierungsparteien verhindert worden. Nun hat sich der Finanzminister Moldenbauer entschlossen, auf eigene Faust eine Deckungsvorlage anzuarbeiten und sie den Parteien vorzulegen, in der Hoffnung, daß diese, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Erlebe“, ihre Zustimmung nicht verweigern werden. Denn die Zeit drängt, da das Zentrum bekanntlich seine Zustimmung zum Tributplan in der dritten Lesung davon abhängig gemacht hat, daß bis dahin Klärung über die Kassenlage und die Finanzreform geschaffen werden müsse. Nun hat das Zentrum zwar in mancher großen Frage, wie der Forderung nach Rückgabe der Saar, der Befestigung jeder Sanktionsformel und dem bekannten Auf des Prälaten Raas nach einem ehrlichen „Nein“ an Stelle eines unehrlichen „Ja“ nur allzuoft nachgegeben, so daß man fast fürchten muß, es werde auch diesmal seinen Widerstand aufgeben, ohne das Kabinett zu einer Klärung der Finanzlage gezwungen zu haben. Aber dürfte damit nicht die Grenze dessen erreicht sein, was es seinen Wählern zumuten kann? Hat das Zentrum diesmal nicht mit größter Schärfe und mit dem ganzen Einsatz seines Parteipressbüros seine Forderungen gestellt, Forderungen, die doch auf Unterfrüfung bei allen bürgerlichen Regierungsparteien rechnen dürften? Aber leider ist in der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches nicht mehr viel zu retten. Die Nachgiebigkeit der bürgerlichen Koalitionspartner gegenüber der Sozialdemokratie beginnt sich schwer zu rächen. Vor Jahresfrist begann der Kampf um die Reform der Erwerbslosenversicherung, und er endete seinerzeit bekanntlich mit einem vollen Sieg der Sozialdemokratie. Es blieb alles beim alten, und heute lastet deshalb auf dem Reichsetat ein Defizit der Arbeitslosenversicherung im Betrage von 200 Millionen Mark aus dem Jahre 1929. Im Jahre 1930 werden dazu noch mindestens weitere 250 Millionen treten. Aber von der Reform der Versicherung ist trotzdem nichts zu hören. Der ganze Kampf dreht sich nur noch darum: Wie kann das Reich noch irgendwelche Mittel flüssig machen, die zur Stopfung des Defizits dienen können? Wie wenig Ernst mit einer grundlegenden Aenderung unserer Finanzpolitik gemacht wird, das haben die bisherigen Verhandlungen der Parteien zur Genüge ergeben. Bekanntlich hat sich der Reichstag unter dem Druck Schachts kurz vor Weihnachten entschlossen, zur Abdeckung der 1,7 Milliarden schwebender Schulden aus einem Tilgungsfonds im Laufe des nächsten Etatsjahres 450 Millionen abzudecken. Der Zweck dieses Tilgungsfonds soll jetzt trotz gesetzlicher Bindung in sein gerades Gegenteil verkehrt werden. Anstatt aus ihm die teuren kurzfristigen Schulden mit ihrer hohen Zinslast abzudecken, wird er jetzt zur Abdeckung des alten Defizits der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 200 Millionen und des durch Jahre hindurch geschleppten Defizits aus dem Jahre 1928 in Höhe von 154 Millionen Verwendung finden. Für seinen eigentlichen Zweck bleiben nur noch beiseite 66 Millionen übrig. Das ist ungefähr dasselbe, was seinerzeit Völsding plante, der ganze 50 Millionen dem Zwecke der Tilgung eines Kassendefizits von 1,7 Milliarden widmen wollte. Die 250 Millionen Defizit der Erwerbslosenversicherung für das Jahr 1930 sollen nach wie vor durch den Verkauf von Reichsbahn-Vorzugsaktien an die übrigen sozialen Versicherungsträger flüssig gemacht werden. Die Sozialdemokratie erklärt sich neuerdings sogar bereit, diesem Ausweg zuzustimmen und verlangt nur, daß das Reich auch über das Jahr 1932 hinaus seine Haftpflicht für die Erwerbslosenversicherung nicht verläßt. Das bedeutet jedoch nichts anderes, als die dauernde Verhinderung jeder Reform. Die sozialdemokratische Forderung kennzeichnet mit aller Schärfe die Situation. So

## Die Deutschen in Polen wehren sich

Warschau, 20. Febr. Im Haushaltsausschuß des Senats hielt der Führer der Deutschen in Polen und Chefredakteur des „Oberösterreichischen Kuriers“, Senator Pant, eine Rede, in der er den oberösterreichischen Wojwoden Grassanoffi scharf angriff. Er bezeichnete Grassanoffi als völlig ungeeignet, da er an der gegenwärtigen unheilvollen Lage in Oberösterreich die Schuld trage. Die Deutschen lebten dort unter schwerer Bedrückung und die Bevölkerung Oberösterreichs lehne sich nach den früheren Zeiten zurück. Der Redner wendete sich sodann gegen die Methoden der polnischen Regierung, die durch künstliche Elemente die ihr unbegrenzte Widerstandsbewegung zerstreuen wolle. Diese Methoden seien unmoralisch. Er bezeichnete als Haupt Hindernis einer deutsch-polnischen Verständigung die mangelnde staatspolitische Befähigung der Polen, die alles vom nationalistischen Standpunkt aus betrachteten.

deutschen Scholle und in tiefster Sorge um das Schicksal von Volk und Staat bitten Er. Exzellenz 60 000 sächsische Bauern mit ihren Familien: Bewahren Sie uns und Kind und Kindesterbender vor Schmach und Fron. Wir sind durchdrungen von dem festen Glauben und Vertrauen, daß der Sieger von Tannenberg niemals als Reichspräsident deutsche Schande durch seine Unterschrift besiegeln wird."

#### Eine deutsche Handelskammer in Paris

Paris, 20. Febr. Im Dezember 1929 hat sich aus den Kreisen der in Paris ansässigen wirtschaftlich tätigen Deutschen eine Gruppe gebildet, zu dem Zwecke der Förderung des deutsch-französischen Wirtschaftsverkehrs und mit dem Ziele der Gründung einer deutschen Handelskammer in Paris. In einer Versammlung am 19. Februar ist die Gründung der deutschen Handelskammer in Paris erfolgt. Die konstituierende Versammlung hat folgende sieben Mitglieder in den Vorstand gewählt: Ernst Fischer, Walter Jakobson, Ernst Elat, E. Kahrmig, H. Eberhard, Paul Bergner und Dr. Mayer. Nach den Sitzungen gehören dem Vorstande als ständige Mitglieder an der jeweilige Leiter der Konsulats- und Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft und der jeweilige deutsche Vertreter bei der internationalen Handelskammer in Paris. Die Handelskammer, die der Förderung des deutsch-französischen Wirtschaftsverkehrs dienen soll, hofft, bei der Durchführung ihrer Aufgaben auf die weitestgehende Unterstützung aller an diesem Wirtschaftsverkehr interessierten Kreise rechnen zu dürfen.

#### Das sächsische Landvolk an Hindenburg

Der Sächsische Landbund hat an Reichspräsident v. Hindenburg folgendes Telegramm gerichtet: „Freiheit und Ehre des deutschen Volkes sind in Ew. Exzellenz Hand gegeben. Als siegreicher Feldherr retteten Sie den deutschen Osten und bewahrten an allen Grenzen die treue Helmeterde vor dem Einbruch feindlicher Heere. Als Reichspräsident sind Sie unsere letzte Zuflucht vor Absichten von Reichsregierung und Reichstag, die Preisgabe unserer Ostmark und deutsches Sklaventum auf unabsehbare Zeit bedeuten. In heißer Liebe zur

Heute: **D.N.**  
Der **D.N.**-Krafffahrer  
Seite 11-13